

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Unterbringung von Flüchtlingen in Kasernen

Die **Kleine Anfrage 2601** vom 9. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen aus Bund, Ländern und EU haben alte Kasernen als Notunterkünfte für Flüchtlinge vorgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Welche Kasernen in Rheinland-Pfalz kommen nach Einschätzung der Landesregierung hierfür in Frage?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Oktober 2014 wie folgt beantwortet:

Angesichts steigender Zugangszahlen Asylbegehrender sucht die Landesregierung nach einem dritten Standort für eine Erstaufnahmeeinrichtung. Da die bisherige Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier mit ihren Außenstellen in Ingelheim und der Luxemburger Straße in Trier voll ausgelastet ist, soll die neue Aufnahmeeinrichtung möglichst schnell belegt werden können.

Das Land Rheinland-Pfalz prüft bereits seit längerer Zeit verschiedene Unterbringungsmöglichkeiten, darunter auch ehemalige Kasernen. Die Umwidmung solcher Liegenschaften zu Flüchtlingsunterkünften ist eine gute Lösung, die jedoch eng an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. So müssen die Liegenschaften verkehrstechnisch gut erschlossen sein und möglichst in der Nähe einer Ortschaft liegen, die Immobilien müssen in gutem Zustand sein und vor Ort müssen Träger vorhanden sein, die die Betreuung und Beratung der Flüchtlinge übernehmen könnten. Auch ist die Nähe zu Ärzten, Kultur- und Bildungsangeboten nötig.

Unter diesen Gesichtspunkten gibt es in Rheinland-Pfalz nur wenige Kasernen bzw. ehemalige militärische Liegenschaften, die für eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung in Frage kommen.

Bereits nach einer ersten Sichtung scheiden rund zwei Drittel der geprüften Liegenschaften bereits aus, z. B. wegen des Verbots der Wohnnutzung, schlechter Bausubstanz oder weiterer Nutzung durch den Bund bzw. das US-Militär.

An diese Sichtungen müssen sich detaillierte Prüfungen der Liegenschaften auf Geeignetheit, Umsetzbarkeit und Herstellungsaufwand anschließen.

Zur Koordinierung dieser Aufgabe wurde eine „Taskforce“ unter Leitung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gebildet. Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen informiert regelmäßig den Ministerrat.

Irene Alt
Staatsministerin